

Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungs-Einrichtungen, hat der Verleger
letztens Anspruch auf Wiederholung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm
30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tag Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großnaundorf, Brettnig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-
Niederlichtenau, Freibersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Blätternberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. J. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 294

Dienstag, den 18. Dezember 1928

80. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Mittwoch, den 19. Dezember 1928, vormittags 11 Uhr sollen in Pulsnitz,
Rest. zum Bürgergarten

1 Kommode, Wintermäntel, Joppen und Kindermäntel
meißelnd gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, den 18. Dezbr. 1928.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

haben im
Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

Das Wichtigste

Wie aus Moskau berichtet wird, soll der Führer der Roten Kavallerie,
Budienny, von der Sowjet-Regierung nach Sibirien abkommandiert
worden sein, um die dortigen Bauern-Unruhen zu unterdrücken.
Die B.D.Z.-Nachrichten melden: Der Freistaat Irland will im kom-
menden Jahr 125 000 Dollar für die Förderung des Handelsverkehrs
zweigverkehrs aufwenden.

An der afghanisch-indischen Wetterecke.

Originalbericht für unsere Zeitung.

Peshawar (Indien), 6. Dezember 1928.

Amanullah Khan, König der Afghanen, ist bei
seinem Bestreben, sein Land nach den Grundsätzen fort-
geschrittener Völker zu entwickeln, nun doch auf ernstem
Widerstand gestoßen. Zu rasch und unvermittelt schien
die Wandlung, die das bis vor einem Jahrzehnt von aller
Außenwelt abgeschlossene Volk durchmachen soll. Schulen,
auch für Mädchen, werden überall errichtet, Lehrstühle und
Studenten ins Ausland geschickt, Fabrikanlagen kommen
aus Europa und werden von Fremden betrieben, Wege und
Straßen werden gebaut; die Steuern wachsen, da der Bau
der neuen, modernen Hauptstadt, Dar-ul-Aman, fast ein
Viertel aller Staatseinnahmen verschlingt; die Frauen legen
den Schleier ab, in Kabul soll die Bevölkerung vom kommen-
den Frühjahr ab europäische Kleidung und Hüte tragen;
jeder Afghanen soll drei Jahre Militärdienst tun, und jeder
Untertan soll einen staatlichen Personal-Ausweis bei sich
tragen, sogar die Mullahs (islamischen Geistlichen) sollen
registriert werden. Soviel Neuerungen bringen das Volk in
Bewegung und können auch Reibung und Mißstimmung er-
zeugen. In Kabul brach sich zwar jedes Zeichen von Auf-
lehnung rasch an Amanullahs starker Hand, aber im Grenz-
gebiet nach Indien zu haben unbotmäßige Stämme
dem König bewaffneten Trost geboten.

Die Bewohner dieses Berglandes, die eigentlichen Pa-
tanen, wie die Afghanen sich selbst auch nennen, haben sich
seit den ältesten Zeiten jeder Oberherrlichkeit widersetzt. Selbst
die Engländer haben auf der anderen Seite, in ihrer indi-
schen „Nordwestlichen Grenzprovinz“, dies rauhe Volk trotz
ungeheurer Geldopfer und blutiger Verluste bis heute nie
ganz zähmen können. Kampf und Räuberhandwerk sind da
Tradition, Fremdenhaß selbstverständlich. Hager und wetter-
fest, roh und ungebildet, grausam und gierig, kennen diese
Leute nur zwei Ziele: Geld und Waffen. Als beliebter
Sport gilt es daher z. B. englische Frauen zu entführen,
um sie dann gegen leuchtende Goldstücke und moderne Re-
petergewehre wieder auszutauschen.

Die Schinwaris, die in der Gegend vom
Khaiber-Paß bis Schellalabad wohnen, schlugen Ende
November nach einem anscheinend militärisch organisierten
Putsch los. Sie besetzten die einzige uralte große Straße,
die von Kabul nach Peshawar, dem Anknüpfungspunkt
der indischen Eisenbahn, führt und daher für Afghanistan
eine Lebensader bedeutet, an mehreren Stellen. Sie
sprengten die Brücke bei Gandamak, um die Kabuler Re-
gierung an der schnellen Entsendung von Verstärkungen zu
hindern, legten Baumstämme über die Straße und griffen
an, wen sie trafen. Einige Karawanen wurden abgefangen
und um die wertvolle Habe erleichtert und ein paar Autos,
die bei diesen Burden wohl noch als Erfindung des Scheitan
(Teufels) gelten, kurzerhand angezündet. Sogar die eng-
lische Post und eine für den englischen Gesandten in Kabul,
Sir Francis Humphrys, bestimmte Kiste mit Sekt und
Whisky erreichten ihr Ziel nicht, worauf die Engländer
in die Welt funkten, die dortigen europäischen Gesandtschaften
seien von der „Lebensmittelfuhr“ abgeschnitten!

Ein Räuberhauptmann namens Batschä Satau, der schon
monatelang an der genannten Landstraße sein „Gewerbe“
ausübte, Sohn eines afghanischen Wasserträgers, übernahm
die Führung der Schinwari-Banden, denen sich
auch der Kughiani-Stamm anschloß. Der Mullah von
Tschafnau spendete seinen Segen dazu und erklärte ange-
lich durch ein Fetwa (Gutachten) Amanullahs Reformpläne
für religionswidrig. Die schwächsten Posten der afghanischen
Regierungstruppen wurden zuerst überfallen; gleichzeitig

Eine Klage auf 865 Millionen Mark

Ein Appell an den gesunden Menschenverstand — Völlig negatives Ergebnis der Warschauer Handelsvertragsverhandlungen
Londoner Echo der Rede in Lugano

Eine Klage auf 865 Millionen Mark.

Die sächsische Regierung hat sich genötigt gesehen,
ihrerseits die Eisenbahnabfindungsfrage vor
den Staatsgerichtshof zu bringen.

Bekanntlich sind die Länderbahnlinien, darunter
auch die sächsische Staatsbahn, im Jahre 1920 auf
das Reich übertragen worden. Den Eisenbahnländern
ist hierfür vom Reich eine Abfindung nach Maßgabe
der Bestimmungen eines unter dem 31. März 1920 ab-
geschlossenen Staatsvertrages zugesichert worden. Der
Betrag, den Sachsen auf Grund dieses Staatsvertrages
zu beanspruchen hat, beziffert sich auf über 2 1/2 Mil-
liarden Mark. In Anrechnung auf diese Abfindung
hat das Reich schwebende Schulden des Landes über-
nommen. Als Rest der hierdurch nicht erledigten Abfin-
dung (sog. Restausgleich) verbleibt ein Betrag von
mindestens 865 Millionen Mark. Die wegen Be-
friedigung dieses Rechtsanspruches geführten und sich
bereits über mehrere Jahre hinziehenden Verhandlungen
haben bisher zu keinem Ergebnis geführt, da das Reich
die Angelegenheit trotz des Drängens und der von Jahr
zu Jahr immer dringender werdenden Vorstellungen der
Eisenbahnländer durchaus hinständig behandelt. Da
das Land Sachsen bei seiner Finanzlage und den erheb-
lichen Verpflichtungen, die auf seiner Staatskasse ruhen,
nicht länger auf die ihm auf Grund der Übertragung der
Eisenbahn auf das Reich vertragsmäßig zustehenden er-
heblichen Einnahmen verzichten kann, außerdem aber die
Verjährung von Forderungen mit Ablauf dieses Jahres
droht, hat es nunmehr Klage auf Feststellung der
Verpflichtungen des Reiches in bezug auf die dem Lande
Sachsen zu zahlende Abfindung erhoben. Das Land
Sachsen hat hierbei die Aufwertung des Restausgleiches
verlangt und weiter gefordert, daß diese Forderung in
30 Jahren getilgt und bis dahin mit 4 1/2 Prozent ver-
zinst wird. Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes
wird natürlich auch für die anderen Länder mit früherem
Eisenbahnbesitz von wesentlicher Bedeutung sein.

„Ein Appell an den gesunden Menschenverstand.“

Franzosen gegen das Versailler Diktat.

Paris. Die „Evolution“, eine französische Zeitschrift,
die seit Jahren mit Eifer gegen den Wahnsinn des Ver-
sailler Diktates ankämpft, veröffentlichte einen „Appell an
den gesunden Menschenverstand“, um sich für eine Revision
des Versailler Vertrages einzusetzen. Der Kelloggspakt könne
erst dann wirklich in Kraft treten, wenn die Schwierigkeiten,
die sich aus den Verträgen des Jahres 1919 ergeben hätten,
in befriedigender Weise gelöst seien, und diese Schwierig-
keiten seien: das Rheingebiet, der Anschluß der Danziger
Korridor, die Minderheiten usw. Die Friedensverträge
seien unter Bedingungen geschlossen worden, die

zu den elementarsten Gesetzen der Gerechtigkeit und

Billigkeit im Widerspruch

stünden. Das von den Siegern feierlich gegebene Ab-
findungsversprechen sei nicht gehalten, sondern vielmehr in
gewissen Punkten von den Alliierten formell verewaltigt
worden. Ferner habe man die Friedensverträge den
mitteleuropäischen Mächten diktirt, ohne ihre Vertreter an-
zuhören, und durch den Artikel 231 habe man sie gezwungen,
sich als allein schuldig für den Krieg zu erklären.

Völlig negatives Ergebnis der War- schauer Handelsvertragsverhandlungen

Berlin, 18. Dezember. Wie die „Vossische Zeitung“
aus Warschau berichtet, hat Minister a. D. Hermes am Mon-
tag abend Warschau verlassen, um der Reichsregierung zu
berichten. Die einzige offizielle Sitzung, die diesmal mit

den Polen stattfand, dauerte nur zwölf Minuten und hatte
ein völlig negatives Ergebnis. Der polnische Delegations-
führer habe eine Erklärung abgegeben, die sich nur auf die
schriftlichen deutschen Vorschläge vom 4. Dezember bezogen
hätten, die als ungenügend erklärt worden sei. Vor der
Abreise Hermes hätten die beiden Delegationsführer noch
eine mehrstündige private Aussprache gehabt, in der sich doch
wieder Möglichkeiten der Verständigung ergeben hätten. Her-
mes habe darauf hin seine Rückkehr nach Warschau für Mitte
Januar in Aussicht gestellt.

Londoner Echo der Reden in Lugano

Außenminister Chamberlain ist über den Verlauf der
Verhandlungen in Lugano durchaus befriedigt, obwohl die
Presse sich bisher jeden Kommentars enthielt, ist aus den
vereinzeltten Äußerungen und aus der allgemeinen Fassung
der Luganoer Berichte deutlich erkennbar geworden, daß diese
Unzufriedenheit in weiteren politischen Kreisen keineswegs
geteilt wird. Der Evening Standard weist nun darauf hin,
daß die Luganoer Verhandlungen mit einem Zusammenstoß
endeten, der zeige, daß der Völkerverbund die Gelegenheit zu
Auseinandersetzungen biete, die anderswo nicht oder wenig-
stens nicht so heftig stattfinden würden. Die Luganoer Ver-
handlungswoche habe mit der provokatorischen Rede des
polnischen Außenministers und einer Drohung Dr. Strese-
manns geendet, daß Deutschland sich veranlaßt sehen könnte,
sich vom Völkerverbund zurückzuziehen. Wenn das den briti-
schen Außenminister befriedige, so müsse man sich wundern,
was ihn eigentlich entmutigen könnte.

Nachführung des Reichstages.

Die erste Nachführung, die am Sonnabend im Reichstag statt-
fand, wurde vom Präsidenten Löbe pünktlich um 10 Uhr eröffnet.
Das Haus trat in die zweite Beratung des Gesetzentwurfes, der
das Gesetz über den Verkehr mit unedlen Metallen um ein
weiteres Jahr verlängern will, ein. Zugestimmt wurde einem
vollsparteilichen Antrag, durch den das Gesetz zunächst bis zum
30. Juni 1929 verlängert wurde. Die Vorlage wurde auch in der
dritten Beratung erledigt.

Es folgte die Beratung einer Anzahl von Ausschufanträgen.
Von der Platzwahl für ein Reichsehrenmal soll solange abgesehen
werden, bis der deutsche Boden restlos von der Besetzung befreit
ist. Ein anderer Antrag ersucht die Reichsregierung, auf eine
stärkere Verwendung der Saarfohle besonders in Süddeutschland
hinzuwirken. Ferner wurden Wünsche über Larifaffen, Durch-
führung von Notstandsarbeiten, Eisenbahnbauten usw. geäußert.
Nach kurzer Erörterung wurden die Ausschufanträge genehmigt.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Präsident Löbe
schlug vor, die nächste Sitzung am Sonntag 5 Minuten nach
Mitternacht abzuhalten.

Der Reichstag bis Mitte Januar vertagt.

Der Reichstag hat in der Nacht zum Sonntag um 1/4 Uhr
den Nachtragsetat für das Jahr 1928 an den Haushaltsaus-
schuß überwiesen und sich dann bis Mitte Januar vertagt.
Mit Grad, Smoking und auch Abendtoilette beriet man fast
vier Stunden ganz ernsthaft über die Etatslage des Reiches,
wobei der Finanzminister Silberding eine Rede hielt.
Im Reichstagsrestaurant herrschte Alkoholverbot.

Briand hat geschlafen!

Lugano. Der französische Außenminister Briand er-
klärte am Sonnabend Pressevertretern auf Befragen, wie er
zu dem Zusammenstoß zwischen Dr. Stresemann und Jalecki
stehe, er habe in der Ratssitzung den üblichen Schlaf gehalten
und sei plötzlich durch eine Finsternis- und Kanonendonner
aufgeweckt worden. Er habe festgestellt, daß die Sitzung
schleunigst geschlossen werden müsse und habe daher sofort
die Sitzung für geschlossen erklärt.

